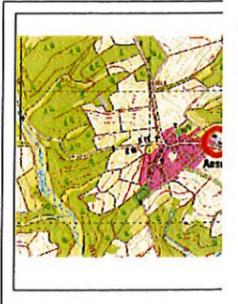


NUTZUNGSSCHABLONE

Art der baulichen Nutzung	GEE		Geschöfßenzahl
	0,8	1,6	
Grundflächenzahl	0,8	1,6	Zahl der Vollgeschosse
Bauweise	—	—	Firsthöhe als Höchstmaß
Dachneigung	—	FH = 12 m TH = 9 m	Traufhöhe als Höchstmaß

- LEGENDE:**
- ART DER BAULICHEN NUTZUNG**
 Gewerbegebiet gemäß § 8 BauVVO
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**
 z.B. 0,8 Grundflächenzahl GRZ
 z.B. 1,6 Geschöfßenzahl GFZ
 FH = 10,0 m Firsthöhe als Höchstmaß
 TH = 7,0 m Traufhöhe als Höchstmaß
- BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN**
 Baugrenze
- FLACHEN FÜR NEBENANLAGEN**
 Fläche für Nebenanlagen hier: Löschwasser
- FLACHEN FÜR DIE RÜCKHALTUNG UND VER- NIEDERSCHLAGSWASSER**
 Fläche für die Rückhaltung und Versickerung v. Niederschlagswasser
- GRÜNFLACHEN**
 private Grünfläche mit der Zweckbestimmung
- FLACHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT**
 Fläche für die Landwirtschaft
- UMGRENZUNG VON FLACHEN FÜR MASS- NACHRICHTEN ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON (S 9 A)**
 Fläche für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20 BauO)
 Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
- SONSTIGE PLANZEICHEN**
 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des (§ 3 Abs. 7 BauO)
 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
 Flurstücksgrenze laut Kataster
 Flurstücknummer laut Kataster
 Vermessung
 Gebäude laut Kataster
 unvollständige Darstellung der räumlichen Flächennutzungsplanung

- Rechtsgrundlagen**
1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekr. 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634).
 2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786).
 3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne, Darstellung des Planinhalts (PlanzVO 90) vom 18. 5. 86.
 4. Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 19. 11. 2013 (GVBl. Seite 365).
 5. Raumordnungsgesetz (ROG) in der Fassung vom 1. 11. 2001 (BGBl. I Seite 2986).
 6. Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31. 01. 1994 (GVBl. Seite 15).
 7. Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung des 17. 05. 2013 (BGBl. I S. 1274).
 8. Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 23. 03. 1978 (GVBl. Seite 1206).
 9. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. 07. 2009; Naturschutz und Landschaftspflege (BGBl. I, Seite 283).
 10. LNatSchG (Landesnaturschutzgesetz) vom 06. 01. 2004 (GVBl. S. 283).
 11. Landesstrafengesetz (LStrG) in der Fassung vom 19. 11. 2013 (GVBl. Seite 273).
 12. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung vom 19. 11. 2013 (BGBl. I Seite 1206).
 13. Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung des 17. 05. 2013 (BGBl. I Seite 1206).
 14. Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz (LWG) vom 19. 11. 2013 (GVBl. 2004, S. 53).
- jeweils in der zuletzt geltenden Fassung.



ÄNDERUNGSBESCHLUSS
 Der Ortsgemeinderat hat am 17.03.2014 die 1. Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans beschlossen. Der Änderungs- und Erweiterungsbeschluss ist am 28.03.2014 ortsüblich bekanntgemacht worden.

FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT UND DER BEHÖRDEN
 Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB fand in der Zeit vom ... bis ... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung wurden am ... mit dem Hinweis öffentlich bekanntgemacht, daß Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde am ... ortsüblich bekanntgemacht. Mit Schreiben vom ... wurden die Behörden ...

BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT UND DER BEHÖRDEN
 Der Entwurf der 1. Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans einschließlich der Textfestsetzungen hat mit der Begründung gemäß § 3 (2) BauGB in der Zeit vom ... bis ... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung wurden am ... mit dem Hinweis öffentlich bekanntgemacht, daß Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom ... gemäß § 4 (2) BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

SATZUNGSBESCHLUSS
 Der Ortsgemeinderat hat am ... die 1. Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

AUSFERTIGUNG
 Die Übereinstimmung der textlichen und zeichnerischen Inhalte der 1. Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans mit dem Willen des Gemeinderates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur 1. Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans werden bekundet. Die 1. Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans ist hiermit ausgefertigt.

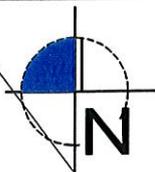
BEKANNTMACHUNG
 Der Satzungsbeschluss der 1. Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind ortsüblich bekanntgemacht worden. Mit der Bekanntmachung am ... tritt die 1. Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans in Kraft.

Projekt

1. Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans "Auf Weiler Busch" - Teilgelände Ortsgemeinde An...

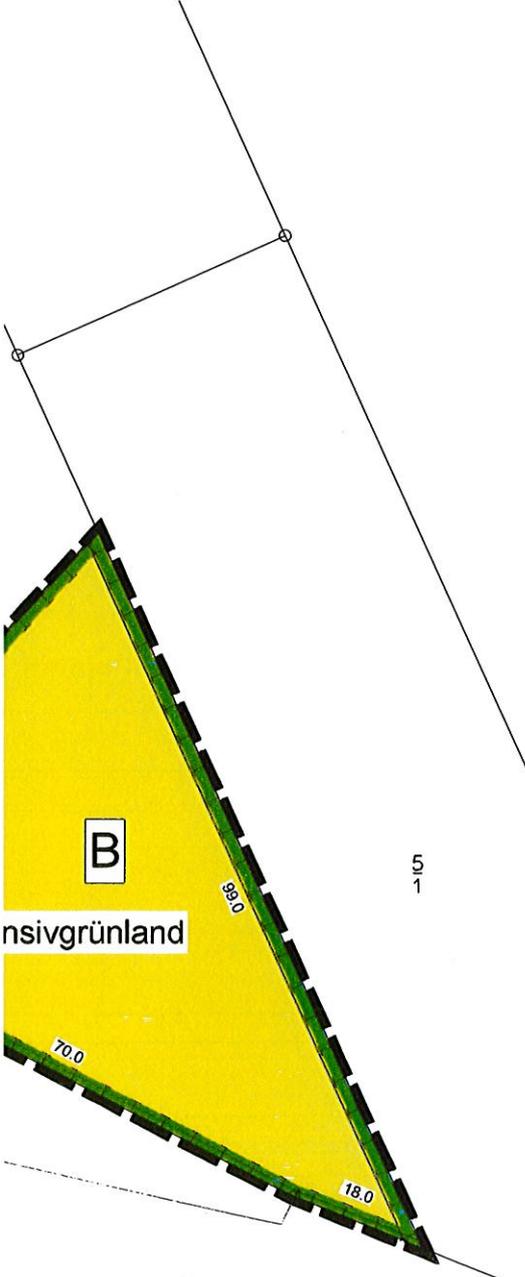
Auftraggeber	Prüfer
Phase	Stempel

WEILER BÜSCH" - TEILGELTUNGSBEREICHE A UND B



IGSSCHABLONE

Nutzung	GEe		Geschossflächenzahl
	0,8	1,6	
Zahl der Vollgeschosse	-		Firsthöhe als Höchstmaß Traufhöhe als Höchstmaß
	-		
Firsthöhe als Höchstmaß Traufhöhe als Höchstmaß	-		FH = 12 m TH = 9 m
	-		



LEGENDE:

- ART DER BAULICHEN NUTZUNG** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- z.B. 0,8 Grundflächenzahl GRZ (Beispiel)
z.B. 1,6 Geschossflächenzahl GFZ (Beispiel)
FH = 10,0 m Firsthöhe als Höchstmaß (Beispiel)
TH = 7,0 m Traufhöhe als Höchstmaß (Beispiel)
- BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN** (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
- Baugrenze
- FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN** (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
- Fläche für Nebenanlagen hier: Löschwasseranrichtung
- FLÄCHEN FÜR DIE RÜCKHALTUNG UND VERSICKERUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER** (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)
- Fläche für die Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser
- GRUNFLÄCHEN** (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- private Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Randgrün"
- FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT** (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 BauGB)
- Fläche für die Landwirtschaft
- UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT** (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 und Abs. 6 BauGB)
- Fläche für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)
- Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern (§ 9 (1) Nr. 25a BauGB)
- SONSTIGE PLANZEICHEN**
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
Bezeichnung der räumlichen Teil-Geltungsbereiche
- Flurstücksgrenze laut Kataster
Flurstücksnummer laut Kataster
- Vermessung
- Gebäude laut Kataster
- unversiegelte Darstellung der räumlichen Flächen mit dem räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans

Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634).
 - Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
 - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (PlanzVO 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991, S. 58).
 - Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. Seite 365).
 - Raumordnungsgesetz (ROG) in der Fassung vom 22.12.2008 (BGBl. I, Seite 2986).
 - Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.01.1994 (GVBl. Seite 153).
 - Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274).
 - Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 23.03.1978 (GVBl. Seite 159).
 - Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009 über Naturschutz und Landschaftspflege (BGBl. I, Seite 2542).
 - LNatSchG (Landesnaturschutzgesetz) vom 06. Oktober 2015 (GVBl. S. 283).
 - Landesstraßengesetz (LStrG) in der Fassung vom 1. August 1977 (GVBl. Seite 273)
 - Bundesfernstraßengesetz (FSrG) in der Fassung vom 28.06.2007 (BGBl. I Seite 1206).
 - Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 zur Ordnung des Wasserhaushaltes (BGBl. I, Seite 2585).
 - Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz (LWG) vom 22.01.2004 (GVBl. 2004, S. 53).
- jeweils in der zuletzt geltenden Fassung.

BEKANNTMACHUNG

Der Satzungsbeschluss der 1. Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer...

